

Rein geographisch hat der Systemwechsel an Ungarns Status nichts verändert. Die Fläche des Landes blieb bei 93 000 km<sup>2</sup>, die Bevölkerungszahl mit 9,7 Millionen (2020) tendenziell seit 1989 (10,48 Millionen) absteigend, die ethnische Zusammensetzung die gleiche: 92 Prozent magyarisch mit zwei größeren Minderheiten (Roma 5 Prozent, Deutsche 2,5 Prozent). Allerdings grenzt die ehemalige Volksrepublik an fünf neue Länder, die ihre Staatlichkeit der Auflösung von größeren multiethnischen Einheiten zu verdanken haben. Im Norden verläuft die Grenze statt zur ehemaligen ČSSR entlang der Republik Slowakei sowie an der von der UdSSR abgelösten unabhängigen Ukraine. Im Süden formierten sich anstelle des zerfallenen Jugoslawiens drei Staaten: Serbien, Kroatien und Slowenien. Die meisten der politischen Neubildungen, ebenso wie die alten Nachbarn Rumänien und Österreich, teilen mit Ungarn die EU-Mitgliedschaft. Serbien steht auf der Warteliste, die Ukraine ist lediglich möglicher Beitrittskandidat. Zwei der Nachfolgestaaten des Ostblocks, die Slowakei und Slowenien, haben den Euro als Zahlungsmittel eingeführt, Serbien und Kroatien hingegen schufen eine eigene nationale Währung.

Alle aufgelisteten Länder bildeten zu Beginn der 1990er Jahre parlamentarische Demokratien, in denen die Rivalitäten der verschiedenen Machtgruppen offen und nicht selten mit Gewalt ausgetragen wurden. Jede Rotation, jeder innere Zwiespalt in diesen Republiken tangiert Ungarns Interessen allein aufgrund der dort lebenden magyarischen Minderheiten: In Rumänien sind es 1,5 Millionen, in der Slowakei 500 000, in der Ukraine 150 000, in Serbien 300 000, in Kroatien 16 000 und in Slowenien 15 000. Diese Minoritäten gehören zur Hypothek der beiden Nachkriegsordnungen (Frieden von Trianon 1920 und Pariser Frieden 1947) mit ihren großen Gebietsverlusten für Ungarn. Aktuelle Probleme der Auslandsungarn, egal ob es um Sprachregelungen oder um Bildungsinstitutionen geht, bieten automatisch auch innenpolitischen Stoff. So werden uralte Animositäten immer wieder neu belebt und entsprechend leicht instrumentalisiert. Allerdings können einer sol-

chen Versuchung auch manche Nachbarländer nicht immer widerstehen.

Gleichzeitig hat die Wiedergewinnung der nationalen Unabhängigkeit den kleinen ostmitteleuropäischen Staaten erlaubt, auch das Augenmaß zu verändern: Die Welt wurde größer. War es ihnen, Jugoslawien ausgenommen, neben ihrer politisch und ökonomisch erzwungenen Bündnistreue zur UdSSR nur bedingt möglich, mit westlichen Partnern mittels Kreditgeschäften zu kokettieren, verfügten sie nach 1990 über gänzlich andere Perspektiven. Innerhalb der freien Welt konnten sie sich auf die USA, die EU oder auf einzelne europäische Staaten orientieren. Entscheidend waren dabei wirtschaftliche Prioritäten, vor allem die Investitionsstärke Deutschlands, aber auch die Nutzung von finanziellen Quellen der Europäischen Union. Selbst regionale Bündnisse wie die Visegrád-Gruppe (V4) konnten Teilinteressen ihrer Mitgliedstaaten einen gewissen Nachdruck verleihen. Der Integrationsprozess – die Ost- und Süderweiterung – verlief unausgewogen, wobei Risse am Gebäude bis zur Weltfinanzkrise 2007 kaum sichtbar wurden. An inneren Krisen im postkommunistischen Bereich mangelte es nicht, auch frischgebackene EU-Mitgliedstaaten waren davon betroffen. Korruption und Autoritarismus gehörten fast zu den natürlichen Begleiterscheinungen der Transformation. Dennoch stellte keine der einander abwechselnden liberalen oder konservativen Regierungen die europäischen Grundwerte in Frage, und nationalistischer Populismus entfaltete sich eher am Rand des politischen Spektrums. Der Integrationserfolg der Europäischen Union wurde 2012 mit dem Friedensnobelpreis geehrt – leider, wie wir heute wissen, zu früh.

Spätestens seit der globalen Finanzkrise 2008/09 wurde deutlich, auf welch dünnem Eis die europäische Solidarität sich befand. Die Verschuldung des Kontinents betraf am stärksten den südlichen Raum – Portugal, Spanien, Italien und, besonders dramatisch bis hin zur Staatspleite, Griechenland. Hier zeigten sich auch am schnellsten die soziale Erosion, etwa die hohe Jugendarbeitslosigkeit.

keit, und die politischen Folgen in Gestalt des linken und rechten «Populismus» – Strömungen, in denen sich berechnete Kapitalismuskritik mit einer Überdosis Demagogie vermengte. Die gemeinsame Währung ließ in der Eurozone die tiefen Divergenzen der Einzelstaaten in Bezug auf wirtschaftliche Leistung und Wohlstandsniveau besonders sichtbar werden.

Die Europäische Union nach 2010 agierte, verglichen mit ihrer Anfangsphase vor Maastricht, in einer veränderten politischen Lage. Russlands Aufstieg, seine Expansion in Georgien 2008 und in der Ukraine 2014, die amerikanische Aufkündigung des noch mit Gorbatschow ausgehandelten Atomabkommens 2019 sowie Chinas Handelskrieg mit den USA schufen eine Atmosphäre, die Assoziationen zu den Jahren des Kalten Kriegs hervorrief – insgesamt brachte der Zusammenbruch des Kommunismus nicht den erhofften Weltfrieden mit sich. Außerdem hatte Wladimir Putin einiges für die ehemaligen Sowjetrepubliken und Ostblockstaaten im Angebot. Neben Kernenergie-Kooperationen wie im Fall des südungarischen AKW Paks und nördlichen und südlichen Pipeline-Projekten bot er auch eine Orientierung, wie es anzustellen war, die EU immer mal wieder am Nasenring vorzuführen.

Eine weitaus größere Herausforderung bedeutete die sogenannte Flüchtlingskrise 2015. Anders als in den ehemaligen Ostblockstaaten, die eine Quotenregelung zur Aufnahme von Geflüchteten ablehnten, war die Migration für westliche EU-Länder eine real zu bewältigende Aufgabe – gewissermaßen die Rückkehr der zuvor ungenügend reflektierten Armutproblematik vieler Länder des Südens. Das Erscheinen der Geflüchteten vor allem in westeuropäischen Metropolen löste einen Kulturschock aus, der unabhängig von den tatsächlichen Risiken Mehrheiten gegen die Einwanderung mobilisierte. Die Tatsache, dass parallel zum Migrationsprozess auch islamistischer Terror in Europa virulent wurde, lenkte die Aufmerksamkeit auf die Herkunft der Migranten inklusive ihrer Religion und Hautfarbe – IS-Anhänger und IS-Opfer

fielen dabei in der öffentlichen Wahrnehmung häufig in dieselbe Kategorie. Hierdurch generierte Kollektivängste veränderten die politischen Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der etablierten Parteien. So erhielten rechtsradikale Kräfte einen deutlichen Vorsprung und führten in einigen Ländern, z. B. in Frankreich und Österreich, zur Halbierung der politischen Lager, die sich durchaus mit den Vorgängen in Polen oder Ungarn vergleichen lässt.

Der härteste Schlag – Großbritanniens Ausstieg aus der EU – hing zum Teil ebenfalls mit Migration zusammen. Allerdings handelte es sich in diesem Fall um Arbeitsmigranten aus Polen, dem Baltikum, Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn, insgesamt 1,2 Millionen Zuwanderer, die sich im Inselstaat niedergelassen hatten. Sie waren keine politischen Flüchtlinge, sondern gewöhnliche Arbeitnehmer mit ihren Familien, und in manchen Berufen, etwa als Ärzte, waren sie sehr gefragt. Aus schwer erkennbarem Grund gerieten sie und andere, die mit EU-Reisepass in England arbeiteten, in den Mittelpunkt der sozialen Rivalitäten, obwohl die Arbeitslosenquote in Großbritannien eine der niedrigsten in der EU war. Auf der politischen Bühne zeigte sich die Stimmung am Wahlsieg der Tory-Partei 2015, die wiederum unter dem Druck der rechtspopulistischen Independence Party bereits 2013 ein Referendum in Aussicht gestellt hatte. Das Versprechen wurde im Juli 2016 eingelöst und den Wählern die Frage gestellt: «Soll das Vereinigte Königreich Mitglied der Europäischen Union bleiben oder die Europäische Union verlassen?» Bei einer Beteiligung von 72 Prozent votierte knapp mehr als die Hälfte für die zweite Variante. Darauf folgte der qualvolle Prozess der Abnabelung vom Kontinent, im politischen Jargon «Brexit» genannt. Großbritanniens Chancen und Risiken werden unterschiedlich eingeschätzt, für die EU war die Sezession eine deutliche Niederlage.

In diesem Umfeld entfaltete sich über drei Wahlperioden (ab 2010, 2014 und 2018) in Ungarn das «System der nationalen Zusammenarbeit».

## Das Zweidrittelparlament

Der seit 2010 dritte Wahlsieg von Fidesz und seinem kleinen Sputnik «Christlich-demokratische Volkspartei» (KDNP) bescherte dem Bündnis im Frühjahr 2018 stolze 66 Prozent der Mandate, das heißt 133 Sitze im Plenarsaal des 1904 vollendeten, in Europa drittgrößten Parlamentsgebäudes am Donauufer. Als zweite Kraft zog die rechtspopulistische Jobbik-Partei mit 26, als dritte die postkommunistische MSZP mit zehn, als vierte die liberale Demokratische Koalition (DK) mit neun und als fünfte die ökologisch orientierte «Politik kann anders sein» (LMP) mit acht Abgeordneten ins Parlament ein. Zur Eigenart des ungarischen Wahlsystems gehört das disproportionale Verhältnis der Mandate zur Wählergunst: Viktor Orbáns Partei erhielt bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung 49,2 Prozent der Stimmen, während die anderen vier Parteien ungefähr die zweite Hälfte der aktiven Wählerschaft hinter sich wussten, dies allerdings nur mathematisch. Eine Zweidrittelmehrheit, das zum festen Begriff gewordene «Zweidrittel», garantiert seit Beginn der Ära Orbán einen bequemen Sieg der Regierungspartei bei jeder Abstimmung, inklusive der inzwischen zur Routine gewordenen Verfassungsänderungen.

Ohne Zweifel lässt diese Konstellation seit Jahren viele oppositionelle Abgeordnete resignieren: Während 2017 das Hohe Haus 208 Gesetzes- oder Beschlussanträge der Regierung und ihrer Parteien annahm, konnte die Opposition von ihren 132 Anträgen insgesamt lediglich einen einzigen durchbringen – ein Gesetz zur Verlängerung der Verjährungsfrist von Korruptionsdelikten. An-